



# Die Angst geht um in der Polizei!

**„Es ist schon merkwürdig, was hier gerade passiert!“, so äußerte sich ein Redner auf einer größeren Veranstaltung Ende Oktober mit einer großen Anzahl von Führungskräften und Kollegen/-innen von der Basis. Dafür bekam er viel Zustimmung. Und alle, mit denen ich gesprochen habe, teilten die Zweifel an der Richtigkeit der Absetzung des Präsidenten des Landespräsidiums für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (LPPBK), Andreas Bruns. Aber insbesondere wird Kritik an der Art und Weise des Umgangs geäußert. Begriffe wie Brandherd, Personalkarussell, Organisationsunkultur, schlechtes Betriebsklima und fehlende Wertschätzung machen vermehrt die Runde.**

Am 25. Oktober 2011 gab Innenminister Uwe Schünemann auf einer Pressekonferenz in einer bisher nie dagewesenen Form die Ablösung des langjährigen Präsidenten des LPPBK, Andreas Bruns, während seiner Abwesenheit bekannt und stellte den Nachfolger Uwe Binias vor. Ihm wünschen wir natürlich alles Gute und die Beibehaltung der Kritikfähigkeit gegenüber der Politik. Die GdP bietet Uwe Binias einen konstruktiven Austausch an. Dass er bereits drei Tage nach seiner Amtseinführung bei der GdP auf ihrem außerordentlichen Delegiertentag war, werteten die fast 200 Anwesenden als wichtiges Signal (siehe Bericht dazu).

Nun kann wirklich nicht gesagt werden, dass das Verhältnis zwischen Bruns, der Personalvertretung sowie der GdP immer reibungslos und unproblematisch war. Aber darum geht es nicht. Es geht vielmehr darum, wie die Lebensleistung von Andreas Bruns mit einem Federstrich per Kabinettsbeschluss der Lächerlichkeit preisgegeben wird, weil ein einzelner Mensch, der Innenminister, nur nach dem Motto zu verfahren scheint: „Ober sticht Unter!“ Klar, er hat die Macht dazu, er kann das machen, sofern man ihn denn machen lässt. Die Kultur in der Polizei ist durch ein solches Handeln jedoch maßgeblich geschädigt. Was bringen die ganzen Tafeln zum Umgang miteinander an den Wänden der Polizeidienststellen, wenn die Inhalte und die vor Ort geführten Diskussionsprozesse von oben mit Füßen getreten werden? Aber warum sollte der Innenminister mit „denen da oben“ auch anders verfahren, wenn mit der Basis schon nicht ordentlich umgegangen wird, wenn Meinungen und Empfindungen nicht mehr ernst genommen werden, wenn Beurteilungen zu Verurteilungen werden, wenn Aufklärungsquote über allem steht, wenn der Mensch nicht mehr zählt?



Dietmar Schilff

Foto: UR

Seit acht Jahren ist eine ständige Verschlechterung der Betriebskultur in der Polizei, aber auch in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung festzustellen. Immer weniger Personal an der Basis, immer mehr Aufgaben, immer mehr Belastungen, immer weniger Geld durch Wegfall von Weihnachts- und Urlaubsgeld, der Freien Heilfürsorge usw. Das ist übrigens nicht Meinung von Einzelnen, sondern wird uns mündlich, schriftlich, persönlich, telefonisch und vor allem per-

manent übermittelt. Aber dennoch werden jetzt wieder einige sagen, dass das ja alles viel zu dramatisch gesehen werde. Der Minister sei ja vor Ort unterwegs gewesen, da sei ihm ja alles anders dargestellt worden. Interessant wäre, ob das die gleichen Leute sind, die sich hinter vorgehaltener Hand beschweren oder aufregen.

Anfang des 21. Jahrhunderts – also vor gerade mal zehn Jahren – gab es bei einer anderen Landesregierung einen Brandbrief einiger Direktoren der Polizei zu damals (vermeintlich) festgestellten schlechten Verhältnissen in der Polizei.

**Wo bleibt ein solcher Brandbrief jetzt? Er ist nötiger denn je!**

Neben den dienstlichen Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten gibt es aber noch ein Leben neben der Polizei, das Privatleben, das wichtig ist für die persönliche Zufriedenheit. Von daher wünsche ich im Namen des GdP-Landesvorstandes allen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, allen anderen Kolleginnen und Kollegen sowie den Familien, insbesondere den Kindern, eine schöne Vorweihnachtszeit, frohe Festtage und einen guten Rutsch. Allen, die Dienst haben, wünsche ich auch ein wenig Ruhe und Zeit für gute Gespräche.

Euer Dietmar Schilff

In letzter Minute

→ Seite 2



**Ein frohes Weihnachtstest  
und ein gesundes  
und erfolgreiches Jahr 2012**

**SCHENKEN**

*Schenke groß oder klein,  
aber immer gediegen.  
Wenn die Bedachten  
die Gaben wiegen,  
sei dein Gewissen rein.*

*Schenke herzlich und frei,  
schenke dabei  
was in dir wohnt  
an Meinung, Geschmack und Humor,  
so daß die eigene Freude zuvor  
dich reichlich belohnt.*

*Schenke mit Geist ohne List.  
Sei eingedenk,  
daß dein Geschenk  
du selber bist.*

**Joachim Ringelnatz**

*wünschen wir allen Mitgliedern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GdP, ihren Familien und Angehörigen, unseren Gesprächspartnern und unseren Freunden. Unsere besonderen Wünsche gelten allen Erkrankten sowie den Kolleginnen und Kollegen, die an den Festtagen Dienst für die Sicherheit in Niedersachsen verrichten.*

Landesvorstand und Redaktion

Gewerkschaft der Polizei  
**NIEDERSACHSEN**

GdP-Mitgliederservice  
GdP - TOURISTIK



**In letzter Minute  
(zum Leitartikel):**

Am Tag der Drucklegung fand eine Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport im Nds. Landtag statt, die heftigen Gegenwind für Innenminister Uwe Schünemann brachte. Von zahlreichen Seiten war er zuvor u. a. für seine Personalpolitik, für seinen Umgang im Fall des PP Dr. Christian Grahl und für seine Haltung in der Abschiebep Praxis heftig kritisiert worden. In der Pressekonferenz am selben Tag räumte er zudem Versäumnisse des Nds. Verfassungsschutzes im Fall der rechtsterroristischen Zelle ein. Redaktionell konnten diese Ereignisse nicht mehr berücksichtigt werden. **Red.**

**Redaktionsschluss:**

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **1/2012 bis zum 26. November 2011** und für die Ausgabe **2/2012 bis zum 2. Januar 2012**.

**Hinweise:**

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

# Erneut Umorganisation in der ZPD?

Bei Drucklegung dieser Ausgabe lagen der GdP Informationen vor, die erneute Unruhe unter den Polizeibeschäftigten verursachen. Danach steht bei der Zentralen Polizeidirektion (ZPD) erneut eine Umorganisation an. Zum 1. Januar 2012 soll die Anzahl der Abteilungen offensichtlich von fünf auf vier reduziert werden. Dabei sollen bestehende Abteilungen aufgelöst und neu strukturiert werden. „Die ZPD kommt einfach nicht zur Ruhe. Nach einer Umorganisation der Bereitschaftspolizei im Jahr 2009, der Reduzierung der Wasserschutzpolizei und der Hubschrauberstaffel 2011 sowie der Herauslösung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes zum 1. Januar 2012 soll die Organisationsstruktur offenbar erneut verändert werden“, sagte GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff Anfang

November. „Den Beschäftigten der ZPD wird damit viel zugemutet. Die einschneidenden Veränderungen der vergangenen Jahre sind noch nicht verarbeitet, da sorgen neue Planungen wiederum für Unruhe bei den Beschäftigten. Die GdP erwartet, dass die Personalvertretungen unverzüglich über die Absichten des Innenministeriums informiert werden“, so der GdP-Landeschef.

Bereits Ende Oktober war das Vorgehen von Innenminister Uwe Schünemann auf erhebliche Kritik in Niedersachsen gestoßen. Die offenbar anstehenden Umstrukturierungen in der ZPD verunsichern die Polizeibeschäftigten nach Auffassung der GdP nun erneut. „Insbesondere die Geheimniskrämerie im Vorfeld von Veränderungen muss endlich aufhören“, betont Schilff. **CH/Red.**

**CASTOR-EINSÄTZE**

# GdP forderte Eingreifen von McAllister: „Zweifel an Messwerten müssen zum Einsatzstopp führen“

Mit einer Resolution hatte sich die GdP Niedersachsen zum bevorstehenden CASTOR-Transport ablehnend positioniert und wandte sich damit an den Niedersächsischen Ministerpräsidenten David McAllister.

In der Resolution, die bei einem Delegiertentag der GdP am 3. November einstimmig beschlossen worden war, bekräftigte die GdP ihre Forderung, den Transport abzusagen, solange die Zweifel an den offiziellen Messwerten nicht eindeutig ausgeräumt worden sind. „Die Gesundheit der Polizeikräfte und der Bevölkerung muss oberste Priorität haben“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff zum Schreiben an Ministerpräsident David McAllister. „Nach Kenntnissnahme der offiziellen Zahlen waren wir bereits alarmiert. Die Analysen von regierungsunabhängigen Organisationen, wie zum Beispiel Greenpeace, zeigen nun

aber sehr deutlich, dass die Befürchtung überhöhter radioaktiver Belastung weiter besteht“, betonte der GdP-Landesvorsitzende. „Solange die Überschreitung der zu erwartenden Strahlengrenzwerte nicht sicher ausgeschlossen werden kann, darf der Ministerpräsident die CASTOREN nicht rollen lassen“, forderte Schilff. Kein Verständnis habe die GdP zudem für das Versäumnis, unabhängige Experten rechtzeitig im Vorfeld der Planungen zum Transport des radioaktiven Materials einzubeziehen, hieß es weiter in dem Brief an den Ministerpräsidenten.

Unterstützt wurde die GdP Niedersachsen auch durch einen am 9. November gefassten Beschluss des GdP-Bundesvorstandes mit der Forderung nach einer Absage des CASTOR-Transports.

Zum Redaktionsschluss war der Ausgang noch unklar.

**CH/Red.**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe

Niedersachsen

**Geschäftsstelle:**

Berckhusenstraße 133 a,  
30625 Hannover  
Telefon (05 11) 5 30 37-0,  
Fax 5 30 37-50  
Internet: [www.gdpniedersachsen.de](http://www.gdpniedersachsen.de)  
E-Mail: [gdp-niedersachsen@gdp-online.de](mailto:gdp-niedersachsen@gdp-online.de)

**Redaktion:**

Uwe Robra (V.i.S.d.P., verantwortlicher  
Redakteur des Landesjournals)  
Im Eschbruch 8f, 30952 Ronnenberg  
Telefon (0 51 08) 64 38 94  
Mobil (0 15 25) 6 10 87 51  
E-Mails an:  
[redaktion@gdpniedersachsen.de](mailto:redaktion@gdpniedersachsen.de)  
[gdp-niedersachsen@gdp-online.de](mailto:gdp-niedersachsen@gdp-online.de)  
[leserbrief@gdpniedersachsen.de](mailto:leserbrief@gdpniedersachsen.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83,  
Fax 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33  
vom 1. Januar 2011

**Herstellung:**

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0170-6454



**AUSSERORDENTLICHER DELEGIERTENTAG**

# Kandidatenliste für PPHR bei Personalratswahlen 2012 einstimmig beschlossen

Mit fast 200 Teilnehmenden hat die GdP Niedersachsen am 3. November in Hannover einen außerordentlichen Delegiertentag durchgeführt. Er stellte vor allem mit der Verabschiedung der GdP-Kandidatenliste für den Polizeihauptpersonalrat (PHPR) den Auftakt zu den landesweiten Personalratswahlen am 6. und 7. März 2012 dar.

Im Freizeithaus Hannover-Ricklingen bestimmten die Delegierten den aktuellen Vorsitzenden des Polizeihauptpersonalrates (PHPR), **Martin Hellweg** (PD Lüneburg), einstimmig erneut zu ihrem Spitzenkandidaten auf der Wahlliste für die Beamten beim PPHR. Die Beamtin-



Der Präsident des LPPBK, Uwe Binias (2. v. l.), erhielt vom GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff (2. v. r.) eine signierte Ausgabe des GdP-Attraktivitätsprogramms im Beisein des Landespolizeidirektors Uwe Lührig (re.) und des Vorsitzenden des PPHR, Martin Hellweg.



**Martin Hellweg, PD Lüneburg**

Auf unserer Website steht eine Fotogalerie zum außerordentlichen Landesdelegiertentag bereit: [https://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20111103\\_aoLDeiTag\\_Fotogalerie](https://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/20111103_aoLDeiTag_Fotogalerie)

## Präsident des LPPBK Uwe Binias unmittelbar nach Amtsantritt bei der GdP

Der neue Präsident des Landespräsidiums für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (LPPBK), Uwe Binias, folgte in Begleitung des Landespolizeidirektors Uwe Lührig der Einladung des GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff. In seiner Rede vor den Delegierten bedankte sich Binias für die Einladung, hob die Wichtigkeit der GdP hervor und sagte eine Fortsetzung des intensiven Austausches mit der GdP zu, die bereits sein Vorgänger Andreas Bruns stets gepflegt hatte. Binias betonte auch, dass neben der GdP die Personalvertretungen der Polizei in Niedersachsen hervorragende Arbeit leisten. Dietmar Schilff wertete den Besuch des neuen Präsidenten bei der GdP als wichtiges und richtiges Signal. Er gratulierte Binias zum neuen Amt und bot ihm auch weiterhin konstruktive Zusammenarbeit an.

In seiner gewerkschaftspolitischen Grundsatzrede stellte der GdP-Landes-



**Souveränes Trio: Verhandlungsleitung**

vorsitzende **Dietmar Schilff**, der von den Delegierten einstimmig auf den zweiten Platz der Beamten-Liste gewählt wurde, die seit 2003 durch die Landesregierung erfolgten Verschlechterungen für die Polizei dar und ging auf zukünftige Erfordernisse für die Steigerung der Attraktivität für die Beschäftigten in der Polizei ein. Daneben kritisierte er in seiner Rede die Umgehensweise des Innenministers mit den Polizeibeschäftigten von der Basis bis zur Spitze. Zudem verdeutlichte er die strittigen Messwerte zur tatsächlichen Strahlungsbelastung durch die Transporte von CASTOR-Behältern und ihre Einlagerung in Gorleben.

In diesem Zusammenhang erging aus dem Delegiertentag eine Resolution, in

Fortsetzung auf Seite 4

nen werden von **Anja Diana Surkau** (PD Oldenburg) angeführt, auf dem ersten Platz der Tarifbeschäftigten steht **Elke Gündner-Ede** (PD Braunschweig). Insgesamt finden sich auf den drei Listen der GdP 37 Kandidatinnen und Kandidaten, die alle mit einem einstimmigen Wahlergebnis das Vertrauen aller Delegierten erhielten. Sie bewerben sich um die insgesamt elf Sitze im PPHR der Polizei Niedersachsen. In der aktuellen Amtsperiode sind dort sieben GdP-Mitglieder vertreten.



**AUSSERORDENTLICHER DELEGIERTENTAG**

Fortsetzung von Seite 3

der die Landesregierung aufgefordert wird, den bevorstehenden CASTOR-Transport abzusagen, solange die Überschreitung der zu erwartenden Strahlungswerte nicht sicher ausgeschlossen werden könne. Die Gesundheit der Polizeikräfte und der Bevölkerung vor Ort dürfe nicht gefährdet werden.

**Kurzbilanz: starke GdP für erfolgreiche PPHR-Arbeit**

Der PPHR-Vorsitzende Martin Hellweg und seine GdP-Mitstreiter berichteten den Delegierten über ihre Arbeit in der zu Ende gehenden Wahlperiode seit 2008. Dabei hob Hellweg vor allem das Engagement seines Teams im Interesse der Kolleginnen und Kollegen hervor, ließ aber auch die schwierigen Bedingun-



*Auch der Humor kam nicht zu kurz: Delegiertenplenium*

**Martin Hellweg**

Martin Hellweg stellte als Schwerpunktthema die **CASTOR-Einsätze**

dern stattgefunden. Hier seien klare Worte gegenüber dem Lüneburger Polizeipräsidenten und dem Gesamteinsatzleiter gesprochen worden. Am 11. Oktober sei demselben Personenkreis die neuen Einsatzplanungen erläutert worden. Die Vorstellung der Einsatzleitung hinsichtlich der Stundenvorplanung und der Ver-

und Entsorgung hätten viele Bedenken beseitigen können.

Das aktuellste Problem derzeit stelle jedoch die Strahlendiskussion und die



**Anja Diana Surkau,**  
*PD Oldenburg*



**Elke Gündner-Ede,**  
*PD Braunschweig*



**Jörg Mildahn,**  
*PD Oldenburg*



**Ralf Hermes,**  
*PD Göttingen*

gen, insbesondere im Bereich der mangelnden Beteiligung, für die Personalvertretungen im Lande nicht unerwähnt. Hellweg betonte, dass Personalratsarbeit Teamarbeit sei und der Rückblick folglich arbeitsteilig erfolge. Im Einzelnen kamen nachfolgende Schwerpunkte zum Tragen:

**2010 und 2011** vor. Nach den negativen Erfahrungen 2010, mit Belastungen von über 38 Stunden Dienst am Stück und massiven Problemen bei der Ver- und Entsorgung, habe am 18. Januar 2011 in Lüneburg eine Einsatznachbereitung mit Personalräten aus allen Bundeslän-

unterschiedlichen Messungen und Messergebnisse dar. Martin Hellweg machte deutlich: „Solange eine Gesundheitsgefährdung für unsere Kolleginnen und Kollegen nicht ausgeschlossen werden kann, darf dieser Transport nicht stattfinden!“



**Ingrid Rabbe, PD Hannover**



**Einstimmigkeit! Verabschiedung der Listen**



**AUSSERORDENTLICHER DELEGIERTENTAG**

**Jörg Mildahn:**

Jörg Mildahn lenkte den Blick auf die **Evaluation der Organisationsreform von 2004** und dort auf die **Landesarbeitsgruppe (LAG) „Optimierung der Kriminalitätsbekämpfung“**. Er machte deutlich, dass die Organisationsreform 2004 eine ganze Reihe von Veränderungen vor allem auch im Bereich der Kriminalitäts-sachbearbeitung mit sich gebracht hätte. Zuständigkeiten seien zentralisiert worden und auch die Tatortaufnahme werde seither, mit den neuen Tatortgruppen, zentral aus den Standorten der Polizeiinspektionen heraus, wahrgenommen. Die LAG habe 2008 versucht, mit der Evaluation die Wirkung der Veränderungen zu untersuchen. Eines sei dabei deutlich geworden: Die 2004 temporär gedachte sogenannte **Öffnungsklausel**, die Zuständigkeiten über das eigentlich gedachte Maß in den KEDen und den PSten beließ, sei notwendig gewesen, da vielfach die benötigten Kompetenzen neben dem



**Vertrauen und Zustimmung: Stehende Ovationen für den Spitzenkandidaten Martin Hellweg**  
Alle Fotos: UR

ZKD auch dort verblieben und benötigt worden seien. Die Beibehaltung dieser qualifizierten Sachbearbeitung sei aus Sicht des PHPR auch für die Zukunft wichtig, um Kompetenzen im KED und

den Stationen zu belassen. Jörg Mildahn machte deutlich, dass, wie in anderen Bereichen auch, nur leider keine höherwer-

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

Mehrere Termine verfügbar!

Ostern 2012 im Königlichen Madrid

5-tägige Städtereise ab / bis Hamburg zu verschiedenen Terminen\* im April 2012

Fotos: Turespana

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab

€ 489,-

**Ihr Hotel Rafael Ventas\*\*\***

Ihr Hotel befindet sich in der belebten Geschäftsstrasse Alcalá. Das Hotel hat eine besondere Dekoration, die aus einer Sammlung malerischer Werke besteht. Alle Zimmer sind ausgestattet mit Klimaanlage, Safe, Minibar, Room-Service, TV+Satelliten-Kabelanschluss, Fön.

**Reiseverlauf:** **1. Tag: Hamburg – Madrid** / Flug von Hamburg nach Madrid, Transfer zu Ihrem Hotel Rafael Ventas. **2. Tag: Halbtägiger Altstadttrudgang Madrid** (fakultativ) Der Spaziergang führt durch das urige Madrid des 16. Jh. mit seinen verwinkelten Gassen und größtenteils unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden. **3. Tag: Halbtägiger Ausflug zum Monasterio El Escorial** (fakultativ) / In 50 km Entfernung von Madrid erhebt sich auf der südlichen Seite des Guadarrama Gebirges das Monasterio de El Escorial, Denkmal und Symbol der Zeit Philipp II. **4. Tag: Ganztagesausflug nach Toledo und Aranjuez** (fakultativ) / Sie fahren Richtung Süden, in die mittelalterliche Stadt Toledo. Auf der Rückfahrt Stopp in Aranjuez, ein Städtchen 50 km südlich von Madrid, das in den fruchtbaren Tälern von Rio Tajo und Rio Jarama liegt. **5. Tag. Rückflug nach Hamburg** / Transfer zum Flughafen und Rückflug nach Deutschland.

**Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.** Mindestteilnehmerzahl pro Termin 25 Personen. **Veranstalter:** DERTOUR GmbH, 60424 Frankfurt/M. Es gelten die Reisebedingungen von Dertour.

**Inkludierte Leistungen:**

- Linienflug mit Lufthansa in der Economy Class von Hamburg nach Madrid und zurück
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- Flughafensteuern und Gebühren (Stand: 5/2011)
- ÖPNV-Coupon
- 4 Nächte mit Frühstück im \*\*\* Hotel Rafael Ventas im Zentrum Madriids
- örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer
- Insolvenzversicherung
- GdP-Reisebegleitung

**Ausflugspaket**

- Stadtrundgang Madrid, halbtägig
- El Escorial, halbtägig inkl. Eintritt
- Toledo und Aranjuez, ganztägig inkl. Eintritte

Städtereise ab / bis Hamburg	pro Person ab
Im Doppelzimmer pro Person	489,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	160,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	149,- Euro

\* **GdP-Reisetermine 2012:** 03. - 07. April (Di bis Sa), 05. - 09. April (Do bis Mo), 07. - 11. April (Sa bis Mi)



GdP-Mitgliederservice

GmbH NIEDERSACHSEN

**Weitere Informationen und Anmeldungen**

**GdP-Touristik**  
Berckhusenstr. 133 a  
30625 Hannover

Tel. 05 11 - 53 03 810  
Fax 05 11 - 53 03 850

service@gdp-service.de

[www.gdp-service.de](http://www.gdp-service.de)



Fortsetzung von Seite 5

tigen Dienstposten für diese hochwertige Sachbearbeitung in Sicht seien und erinnerte an den negativen Höhepunkt des A11-Dienstpostenkonzepts.

### Elke Gündner-Ede

Elke Gündner-Ede schilderte die Unruhe rund um den Tarifbereich der letzten dreieinhalb Jahre. Politisch verordnete **Spurmaßnahmen** hätten zuerst das Tarifpersonal getroffen. Die „Karte“ der Kabinettsentscheidung, die die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertreter aushebelt, sei immer häufiger eingesetzt worden. Beispielhaft dafür sei die **Umorganisation des Kampfmittelbeseitigungsdienstes** (KBD) mit dem Ziel der Privatisierung. Durch die Initiativen von GdP, ZPD-Personalrat und PPHR sei es gelungen, den Innenminister zur Personalversammlung der ZPD einzuladen, wo er sich persönlich ein Bild von der Betroffenheit und den Sorgen der Beschäftigten habe machen können. Die Argumente dort hätten ihn scheinbar zum Umdenken veranlasst: Der Erhalt des KBD, wenn auch nicht mehr unter dem Dach der Polizei, habe als Erfolg verbucht werden können.

Eine der ersten Aufgaben, die Elke Gündner-Ede 2006 von Willi Pistor übernommen hätte, sei die Begleitung der **Einrichtung des Zentralen Fahrerpools Niedersachsen** (ZFN) gewesen. Eine „schwere Geburt“, die an vielen Betroffenen nicht spurlos vorüber gegangen sei und teilweise noch heute nachwirke. Nach dem Leitungswechsel beim ZFN und zahlreichen Besprechungen zwischen Leitung und Personalräten seien Missstände, wie mangelhafte Umkleide- und Aufenthaltsräume verbessert und die unterschiedlichen tariflichen bzw. arbeitsrechtlichen Auslegungen harmonisiert worden. Aber auch nach fast vier Jahren seien viele Beschäftigte im ZFN unzufrieden und könnten sich mit der neu geschaffenen Organisation nicht identifizieren.

**Seit Beginn des Pilotprojektes „Facility-Management“** in Braunschweig begleite Elke Gündner-Ede dieses kritisch. Noch immer seien massive Mängel zu beklagen, etwa die mangelhafte Schneeräumung durch private Firmen oder der schlechte Pflegezustand der Liegenschaften. Das Finanzministerium sei nicht davon zu überzeugen, den Erlass einzustampfen; er sei lediglich auf „Eis“ gelegt. Aber die GdP und der PPHR würden weiter den Finger in die Wunde legen, um

die Arbeitsplätze der Reinigungskräfte, Haus- und Hofarbeiter bei der Polizei zu erhalten und die vom Pilotprojekt in Braunschweig Betroffenen wieder in die Polizei zurückzuholen.

Die **Qualifizierung für den Tarifbereich** nehme in der Agenda des PPHR einen festen Platz ein. Es gebe für die Angestelltenlehrgänge I und II einen größeren Bedarf, als das Studieninstitut in Bad Münde (SiN) decken könne. Erschwerend trete hinzu, dass Tarifbeschäftigte, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte mD und neuerdings auch Vollzugsbeamte, die aus gesundheitlichen Gründen die Laufbahn wechseln müssen, in Konkurrenz um diese knappen Lehrgangplätze treten. 2011 seien kurzfristig drei Laufbahnwechsler zusätzlich zu berücksichtigen gewesen, was eine Reduzierung der Lehrgangplätze für den Tarif- und Verwaltungsbereich verursacht hätte. Um dies zu verhindern, hätte der PPHR gemeinsam mit den Personalräten der PD Hannover und des LKA die Behörden und das MI davon überzeugen können, zusätzliche Plätze zu generieren, weil auch die Behörden bereit waren, sich an den Mehrkosten zu beteiligen. Ein schöner Erfolg!

Positiv zu bewerten sei der neue **Dienstsporlerlass** im Hinblick auf den Verwaltungs- und Tarifbereich. Die Chance, zumindest im Bereich der Gesundheitsprävention eine Verbesserung hinzubekommen, ergab sich, als das MI den bestehenden Erlass überarbeiten wollte. Hier hat der PPHR von Anfang an die Position vertreten, auch für den Verwaltungsbereich eine positivere Regelung zu treffen. Trotz vieler Bedenken seitens des MI habe der PPHR ein positives Ergebnis erreicht: Künftig haben alle im Verwaltungs- und Tarifbereich unter Anrechnung der Arbeitszeit die Teilnahmemöglichkeit an Sportarten, die der gesundheitlichen Prävention dienen.

### Waltraut Thyssen

Waltraut Thyssen schilderte die Schwerpunktthemen bei Polizeiverwaltungsbeamtinnen und -beamten. **Die Schadensbearbeitung sollte mit dem Ziel der Zentralisierung** optimiert werden. Der PPHR habe interveniert und eine ergebnisoffene Untersuchung erreicht. Dieser Erfolg habe auf der Einbindung der Bezirks- und Hauspersonalräte basiert. Knackpunkte seien die zu erwartenden Auswirkungen auf die Mitarbeiter in den Behörden und auf die konkrete Ausübung der Fürsorgepflicht der Präsidenten gewesen. Insbesondere seien auch et-

wa 100 Arbeitsplätze in der Polizeiverwaltung betroffen gewesen. Die Landes-AG hätte in ihrer Schlussbeurteilung neben Erkenntnissen aus einigen Polizeidirektionen auch Einsichten aus der Versicherungsbranche und der Schadensabteilung eines Dienstleiters herangezogen. Die PD Osnabrück habe den Auftrag erhalten, in einer Projektgruppe einheitliche Rahmen- und Arbeitsbedingungen zur einheitlichen Aufgabenwahrnehmung zu schaffen: Entwicklung von Kennzahlen, Einarbeitungshilfen, einheitliche Aktenführung, Fallzahlen usw. Kernstück solle eine landesweite „Schadensdatenbank“ werden, wofür eine „Interimslösung“ entwickelt worden sei, die jetzt in den Praxistest gehen werde. Durch frühzeitige Einbindung der Haus- und Bezirkspersonalräte in diese PPHR-Aufgabe habe der für alle wichtige Arbeitsbereich in der Polizei verbleiben und die Zentralisierungsabsichten verhindert werden können, so Waltraut Thyssen.

Die **Einführung von gemeinsamen Beurteilungen für Polizeiverwaltungs- und Polizeivollzugsbeamte**, um bei der Besetzung von Dienstposten auf Augenhöhe konkurrieren zu können, habe auch zur Durchsetzung von Beteiligungsrechten der Personalräte mit der Teilnahme an Maßstabskonferenzen geführt. „Bei der allgemeinen Verwaltung sei dies eine Selbstverständlichkeit,“ so Waltraut Thyssen, „nur ist der Maßstab dort weniger streng, es gibt keine Unterteilung der C-Note und die Gauß'sche Normalverteilungskurve bildet die B-Note mit ca. 20% etwas dicker ab.“ Daraus folge ein Nachteil im Noten-Vergleich: Wer in die allgemeine Verwaltung wechsele, habe geringere Chancen. Der „Durchlässigkeit in den Laufbahnen“ sei die Sonderlaufbahn Polizeiverwaltung zum Opfer gefallen. Eine Kenntlichmachung als „Fachzweig“ – auch für den strengeren Beurteilungsmaßstab bei einem Wechsel – ist bisher nicht gelungen.

**Mangelnde Perspektiven** seien der Grund für den Weggang von erfahrenen Polizeiverwaltungsbeamtinnen und -beamten. Daraus folgt Wissensverlust, einhergehend mit Nachwuchsproblemen, denn die Hochschule Osnabrück bringe eine zu geringe Anzahl von Absolventen des Studienganges „Öffentliche Verwaltung“ hervor. Für die Polizeiverwaltung blieben zu wenige. Als Lösung hat der PPHR vorgeschlagen, dem mD mehr Aufstiegschancen zu eröffnen, für Laufbahnwechsler aus dem Vollzugs- in den Verwaltungsdienst extra Lehrgangplätze zu schaffen und nicht in Konkurrenz setzen, Anreize für die Hochschulabsol-



**AUSSERORDENTLICHER DELEGIERTENTAG**

venten zu schaffen, in die Polizei zu kommen, einheitliche und begleitende Praktikumsstrukturen und Perspektiven zu schaffen. Ein langer Atem ist hier nötig. Hier werde deutlich: „GdP und PHPR sind dabei zwei Seiten einer Medaille!“

**Ralf Hermes**

Ralf Hermes erläuterte das **Schwerpunktdesaster des A11-Dienstpostenkonzepts**. Die Position aller Personalvertretungsgremien im Lande sei dazu absolut eindeutig gewesen: Der Erlass zur Dienstpostenfestschreibung sei abgelehnt worden. Genutzt hätte es leider nichts. Absolut kompromisslos habe der Innenminister selbst dem von Konzeptbefürwortern als tragfähig eingestuftem Sockelkompromiss des PHPR seine Zustimmung verweigert. Die Folge sei ein Desaster im Stimmungsbild der in der Sachbearbeitung tätigen Polizeibeamten/-innen. Wie ein Keil trenne der Erlass jetzt die Polizei und entwickelt sich zu einem bürokratischen Monster. „Welch ein Aufwand!“, erläuterte Ralf Hermes. „Mit ausgrenzenden, teilweise stecknadelkopfgroßen Anforderungsprofilen, neu aufgelegten Bewerbungsverfahren für bereits in einem Auswahlverfahren errungene Dienstposten, Förderpoolverwendungserfordernissen, Klagen, Besetzungsaussetzungen, ... Kurzum, vieles, vor dem wir dezidiert als Nachteile gewarnt haben, ist eingetreten.“ Die Personalräte im Lande hätten viel zu tun, um diese Prozesse zu begleiten, abzufangen und für Transparenz und Fairness zu sorgen. Wenn es vor Ort gelinge, Detailfragen dann doch zufriedenstellend zu lösen, so heiße das im Ergebnis noch lange nicht, dass die Ausgangsentscheidung damit gleichfalls gut wäre. „Hier hat der Innenminister in seiner beratungsresisten-

ten Blockiertheit den Blick für die tatsächliche Stimmungslage im Lande vollständig verloren“, so Kollege Hermes.

Als weiteres Problemfeld nannte er die Entscheidung des Innenministers zur so genannten **„Verjüngung der ermittelnden Bereiche“**. Dies sei ohne jegliche Absprache mit der Personalvertretung erfolgt. „Die Entscheidung ist ein Rückfall in praxisfernen Dirigismus“, urteilte Ralf Hermes. Dabei sei das Ziel unstrittig. Auch die ermittelnden Bereiche bräuchten eine Durchmischung von Jung und Alt. Die Methode aber, mit der der Innenminister die Verjüngung landesweit aufgezwungen hat, sei nichts anderes als zentralistische Planwirtschaft vom grünen Tisch des Ministerbüros. Und es sei eine Ohrfeige für die Führungskräfte vor Ort, denen die Kompetenz der Personalauswahl abgesprochen werde. Sie grenze geeignete und mit Dienst Erfahrung ausgestattete Kolleginnen und Kollegen allein ihres Alters wegen aus und blockiere im Gegenzug betroffene Direktversetzte in ihrem Wunsch auf heimatnahe Verwendung. Ein weiteres vermeidbares Desaster, hätte man den Rat und die Erfahrung der Beschäftigtenvertreter vor Ort ernst genommen. „Im Vorfeld haben wir mit freundlich formulierten Sachargumenten und Abstimmungsergebnissen sehr sachlich auf die Fehlentwicklungen hingewiesen. Die Worte zerschellten gleichwohl am nicht zugänglichen Minister“, resümiert Ralf Hermes.

**Thomas Broich**

Thomas Broich ist als Nachrücker für Bernhard Witthaut neu im PHPR. „Da ich nicht in örtliche Personalratsarbeit eingebunden bin und meine dienstliche Entwicklung stark einsatzgeprägt ist, nehme ich in unserem Gremium eine et-

was andere Rolle ein“, erläuterte er und fügte hinzu: „Mir ist aufgefallen, dass die Vielfalt der Themenkomplexe, die wir mit Blick auf den Menschen in unserer Organisation zu betrachten haben, enorm ist.“ Vor dem Hintergrund der stets gemeinsamen Maxime „Mitarbeiterschutz“ sei Zusammenarbeit aus seiner Sicht geprägt durch freies Denken und Diskutieren. „Darauf basierend fällen wir unsere Entscheidungen abgewogen und gewissenhaft. Genau das beeindruckt mich als ‚Neuen‘ im PHPR“, sagte Thomas Broich.

**Dietmar Schilff: Gesundheitsmanagement muss Einzug in alle Bereiche der Polizei finden**

Für den PHPR ist Dietmar Schilff seit Einrichtung der Arbeitsgruppe Gesundheit in der Polizei (GIP) deren Mitglied. Die Umsetzung der Ergebnisse werde eine entscheidende Auswirkung für alle Beschäftigten haben. „Gesundheitsmanagement bedeutet nicht nur Wellness und Rückenurse. Vielmehr sind andere Faktoren für die physische und psychische Gesunderhaltung der Beschäftigten wichtig“, klärte Schilff einleitend auf. Unter dem Stichwort Führungsqualitäten würden dazu eine verbesserte Kommunikation, in der auch die fachliche Einschätzung von Mitarbeitern Gehör fände, gegenseitige Wertschätzung und ein respektvoller Umgang miteinander gehören. Damit könne dem zunehmenden Auftreten von Burn-out-Erkrankungen ebenso entgegengewirkt werden, wie durch einen sinnvollen Einsatz der zur Verfügung stehenden Arbeitsleistung. Diese Erkenntnisse und die umsetzenden Konzepte in alle Bereiche der Polizei zu transportieren, sei Aufgabe der Arbeitsgruppe GIP. **Red.**

**SPORT**

**GdP ehrt Aktive der Leichtathletik**

Stellvertretend für alle Polizeisportlerinnen und -sportler hat die GdP am 7. Oktober erfolgreiche Aktive der 33. Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) in der Leichtathletik geehrt. Landesvorsitzender Dietmar Schilff übergab Präsente an die GdP-Mitglieder Isabell Hartmann, Marie-Luise Malzahn, Sven Dörres und DPM-Organisationsleiter Jochen Preisung (im Bild v. l. n. r.), die der Einladung in die Landesgeschäftsstelle gefolgt waren. „Die GdP unterstützt den Sport auch deshalb, weil er für die Gesunderhaltung genauso wichtig ist wie für ein positives Erscheinungsbild der Polizei“, sagte Dietmar Schilff. Der GdP-Landesvorsitzende war auch im August während der DPM vor Ort und nahm im hannoverschen Erika-Fisch-Stadion einige Siegerehrungen vor.

**Foto: CH**



## Keine Gewalt gegen die Polizei!

**Die Diskussion um die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte ist allgegenwärtig. Die GdP Niedersachsen befindet sich aktuell erneut mit vielen Ansprechpartnern und auch den Medien intensiv im Gespräch darüber.**

GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff forderte im NDR-Rundfunk-Interview den vollständigen Verzicht auf Pyrotechnik beim Fußball. Angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft seitens einiger Ultra-Anhänger sprach er sich für konsequente Stadionverbote und beschleunigte Verfahren gegen die Täter aus.

Zugleich wandte er sich jedoch gegen sogenannte „Schnellgerichte“, die von Seiten eines Landtagsabgeordneten ins Gespräch gebracht worden waren und nach Auffassung der GdP in einem demokratischen Rechtsstaat ungeeignet sind. „Angriffe auf die Polizei sind An-

griffe auf unsere Gesellschaft und dagegen muss unbedingt vorgegangen werden“, hatte Dietmar Schilff zudem in einer SAT1-TV-Nachrichtensendung bekräftigt. „Es ist schon ein neues Ausmaß, wenn einfach auf Polizei oder sogar Rettungskräfte eingeschlagen wird. Darum fordert die GdP einen gesonderten Strafrechtsparagrafen zum Schutz von Ordnungs- und Polizeikräften sowie verstärkte Präventionsmaßnahmen, denn diese Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem“, mahnte er.

Jörg Mildahn, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender, diskutierte bei NDR Radio Niedersachsen mit dem Fanforscher Prof. Dr. Gunter Pilz und einem Vertreter der sogenannten Ultras in der Sendung „Sportland“. Dabei betonte er, dass Gewalttäter und gefährliches Feuerwerk in Fußballstadien nichts zu suchen haben. „Zum Schutz aller friedlichen Fans machen die eingesetzten Kollegin-

nen und Kollegen einen guten Job, die Ultras müssen allerdings dringend an ihrem Feindbild Polizei arbeiten. Vor allem werden jetzt rasch gemeinsame Konzepte der Verantwortlichen benötigt“, brachte Jörg Mildahn zum Ausdruck. Fanforscher Pilz bestätigte die Einschätzung über die Ultra-Gruppen und forderte zeitnahe Verhandlungsergebnisse der Gespräche zwischen Fanvertretern, Vereinen und den Fußballverbänden.

Zuvor hatte auch Klaus Dierker, ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Niedersachsen, im Fernseh-Interview mit dem regionalen Sender „OS1“ die Angriffe auf Polizisten im Osnabrücker Fußballspiel gegen Preußen Münster scharf verurteilt und einen Verzicht auf Pyrotechnik in Fußballstadien verlangt. Bei der Drittliga-Begegnung waren Polizeikräfte durch einen Sprengkörper verletzt worden, davon ein Beamter sogar schwer. **CH**

### DP-BEWERTUNG UND PLANSTELLEN

## Dienstpostenkonzept A 11: Für viele das Ende der vertikalen Karriere

**Nach seiner PI-Bereisung hat Innenminister Uwe Schünemann verlautbaren lassen, dass ihm gegenüber von Seiten der Personalräte bis auf wenige Ausnahmen keine Kritik am Dienstpostenkonzept A 11 geäußert worden sei. Der außerordentliche Delegiertentag am 3. 11. 2011 hat dagegen noch einmal bestätigt, dass fast alle Personalräte auf das, durch das Dienstpostenkonzept ausgelöste Dilemma, hingewiesen haben. Zu Recht!**

Weder Befürchtungen und Prognosen, gestützt auf sachliche Argumente, noch die Darstellung der Wahrnehmung von Betroffenen konnten den Innenminister davon abhalten, das Dienstpostenkonzept A11 umzusetzen. Mehr und mehr realisieren sich jetzt die im Vorfeld skizzierten Szenarien.

Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen müssen feststellen, dass ihnen in dieser Beurteilungsrunde keine noch so gute Beurteilung nützen wird, wenn sie keinen A11-bewerteten Dienstposten bekleiden. Und die sind bekanntlich inzwischen eng begrenzt. Ganz zu schweigen von denjenigen, denen auch diesmal wieder nur durchschnittliche Leistungen attestiert

werden und die durch die Rechtsprechung des OVG Lüneburg erfahren haben, dass bei einer Auswahlentscheidung auch die Binnendifferenzierung berücksichtigt werden muss, und eine solche im unteren Bereich ihnen somit langfristig negativ anhängen wird.

In der Folge bedeutet das ein Ende in der vertikalen Karriereentwicklung.

Auf genau diese Probleme ist der Innenminister nach Auskunft vieler Personalräte anlässlich des außerordentlichen Delegiertentages während seiner PI-Bereisung ebenso hingewiesen worden wie auf die Auswirkungen auf Stimmung und Motivation unter den Kolleginnen und Kollegen. Und das nicht nur in einigen

Polizeiinspektionen! Die Personalräte machten aber auch deutlich, dass sie nach der Entscheidung, das Dienstpostenkonzept umzusetzen, in der Verpflichtung gewesen sind, dieses im Sinne der Kolleginnen und Kollegen zu begleiten.

Das Thema Dienstpostenkonzept A 11 ist noch lange nicht beendet. Seine Folgen werden immer mehr Betroffene kalt erwischen.

Für die GdP gibt es nur einen Weg aus diesem Dilemma: Fehler einsehen und Entscheidung rückgängig machen! Wir werden gemeinsam mit euch weiter dafür kämpfen. **(JH)**

### TAUSCHPARTNER

**PK z. A.** eingestellt bei **PD Lüneburg**, zzt. Dienstverrichtung 6. Bepo-Hu in Oldenburg, sucht TauschpartnerIn aus der **PD Oldenburg**. Tel. 01 76/32 80 09 86.



## EINSATZBELASTUNG

# Vom Kreislauf der Lücken, die gestopft werden müssen!

**Einsatzbelastung ist inzwischen ein Thema für jeden Polizeibeamten und jede Polizeibeamtin. Die Ursachen liegen in fatalen Organisationsveränderungen der Länderpolizeien, die Auswirkungen bis in jede einzelne Dienststelle haben. Das ständige Löcherstopfen verhindert nicht nur planbare freie Wochenenden und Abbau von Überstunden, sondern behindert inzwischen auch die tägliche Aufgabenwahrnehmung in allen polizeilichen Bereichen.**

Nehmen wir das Beispiel Berlin: hier ist die Einsatzstärke in den letzten Jahren drastisch reduziert worden. In der Folge konnte beispielsweise auf das Phänomen der brennenden Autos nicht schon in den Anfängen adäquat und konsequent reagiert werden. Erst als die Zunahme der Brände längst bundesweit Aufmerksamkeit und Sorge ausgelöst hat, sind zur Unterstützung Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei eingesetzt worden, um der Lage, wohlgerneht einer originär landespolizeilichen Lage, Herr zu werden. Mit Erfolg, aber mit welchen Folgen? Diese Kräfte müssen wiederum durch die Bereitschaftspolizeien (BePo) der Länder bei Einsätzen ersetzt werden. So sind wieder zahlreiche Kolleginnen und Kollegen der BePo außerhalb von Niedersachsen tätig. Leider werden die niedersächsischen Einsätze dadurch nicht automatisch weniger.

Die BePo, ohnehin durch Abordnungen, z. B. den Objektschutz für den Ministerpräsidenten und eine zunehmende Krankheits-

rate geschwächt, muss durch LEO-Leineinheiten entlastet werden, die in wachsendem Maße für öffentliche Veranstaltungen eingesetzt werden. Das allerdings neben den eigentlichen Aufgaben dieser Kolleginnen und Kollegen im ESD, im ZKD und im KED. Dabei muss vermehrt auch auf ältere Kolleginnen und Kollegen zurückgegriffen werden, so dass in den LEO-Leineinheiten ein noch nie dagewesen hoher Altersschnitt vorliegt.

Auch das Thema Audit „berufundfamilie“ wird in diesem Gefüge letztendlich nicht konsequent umgesetzt, da Zeiten von Mutterschutz und Elternzeit kräftemäßig kompensiert werden müssen. Das darf allerdings nicht auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen erfolgen, sondern muss konzeptionell berücksichtigt werden; von Gesundheit in der Polizei in diesem Zusammenhang gar nicht zu reden. Und so merken dies auch die Beamten in den Dienststellen vor Ort in Niedersachsen, wenn bundesweit Personal eingesetzt wird, ohne die Folgen zu über-

denken. Berlin ist nur ein Beispiel und kann durch viele andere ersetzt werden. Die Probleme halten sich nicht an die Gräben, welche die Föderalismusreform zwischen die Länder gezogen hat.

Der Kreislauf beginnt jeden Tag an unterschiedlichen Punkten erneut, zieht aber immer das gleiche Ergebnis nach sich: weniger Personal und mehr Arbeit, denn am Ende bleibt immer ein Loch, das nur mit Mehraufwand gestopft werden kann.

Diese Kettenreaktion muss durchbrochen werden, damit unsere Kolleginnen und Kollegen in Niedersachsen wie bundesweit nicht noch mehr verschlissen werden und damit die Probleme endlich gelöst werden können.

JH



## POLIZEIGESCHICHTE

## Polizeimuseum in Nienburg eröffnet

Nach der Kritik des Landesrechnungshofes stand die Polizeigeschichtliche Sammlung (PGS) in Hannover mit einer Vielzahl von hervorragenden und wichtigen Exponaten gänzlich vor dem Aus. Die Befürchtung war, dass die Ausstellung eingemottet werden sollte. Nach Kritik aus der Polizei, aus der Politik, von der Landeshauptstadt Hannover und von der GdP entschloss sich die Landesregierung, die PGS in Form eines Polizeimuseums in der Fußgängerzone in Nienburg, angegliedert an die Polizeiakademie Niedersachsen, fortbestehen zu lassen. Bei der Eröffnung am 31. 10. 2011, an der auch der PHPR-Vorsitzende Martin Hellweg so-

wie der GdP-Landesvorsitzende Dietmar Schilff teilnahmen, wurde deutlich, dass nur aufgrund des vielfältigen Engagements von Sponsoren, der Stadt Nienburg und der Beschäftigten der Polizeiakademie der Eröffnungstermin eingehalten werden konnte. Die Räumlichkeiten sind gelungen und mit der fachlichen Beratung des Historikers und Kollegen Dr. Dirk Götting kann das Museum ein Erfolg werden, wenn die Besucherzahlen dementsprechend sind. Also, auf nach Nienburg und die Polizeigeschichte erleben und das Polizeimuseum unterstützen. Denn, nur wer weiß, woher man kommt, kann die Zukunft gestalten. **Red. (DS)**



**Fachkundige Leitung: Vor dem Isetta-FuStw Dr. Dirk Götting**  
**Foto: DS**



## GdP-Forderung nach aktivem Gehörschutz wird erfüllt

Alle Einsatz- und Reservekräfte der „LEO-Leine“-Einheiten sollen noch in diesem Herbst Impulsschall-Gehörschützer erhalten. Dies geht aus einem Schreiben des Präsidenten des Landespräsidiums für Polizei, Brand- und Katastrophenschutz, Andreas Bruns, an den GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilff hervor.

Die GdP hatte sich Anfang September an den Landespolizeipräsidenten gewandt, um diese Vorsorgemaßnahme für Polizeibeamtinnen und -beamte eindringlich und zeitnah anzuregen. Die nun eingegangene

Zusage für die betreffenden Einsatzkräfte wird von der GdP ausdrücklich begrüßt, insbesondere der Umstand, dass die Zentrale Polizeidirektion (ZPD) bereits beauftragt worden sei, die Impulsschall-Gehörschützer zu beschaffen. Bruns kündigte in seinem Brief an die GdP darüber hinaus an, die Beschaffung künftig auch auf die Studierenden der Polizeiakademie ausdehnen zu wollen. Auch dieses Vorhaben findet die klare Zustimmung der GdP.

Die zentral gesteuerte Beschaffung für die Einsatzkräfte war aus Sicht der GdP

Niedersachsen insbesondere deshalb dringend notwendig geworden, da in jüngster Zeit die gesundheitlichen Gefahren bei Krawallen rund um Fußballspiele stetig angewachsen und zudem nahezu flächendeckend festzustellen waren. Einen traurigen Höhepunkt hatten die erheblichen Verletzungen mehrerer Kolleginnen und Kollegen gebildet, die in Osnabrück Opfer von Knalltraumata geworden waren.

Die GdP geht davon aus, dass die Ausstattung schnellstmöglich realisiert wird.

CH

### JUNGE GRUPPE (GdP) PRÄSENT WO'S BRENNT!

## Begrüßung der neuen Kolleginnen und Kollegen an der Polizeiakademie Niedersachsen

**Insgesamt beginnen in diesem Jahr 607 junge Kolleginnen und Kollegen ihr Studium an der Polizeiakademie Niedersachsen. Die JUNGE GRUPPE (GdP) Niedersachsen freut sich über die Entscheidung des Innenministeriums, die eigentliche Zahl der Neueinstellungen um noch einmal 30 Studierende zu erhöhen und somit auf die Resolution der JUNGEN GRUPPE (GdP) aus dem Jahr 2010<sup>1</sup> zu reagieren.**

Wir wünschen uns auch für die kommenden Jahre weiterhin eine Erhöhung der Einstellungszahlen in Niedersachsen, um so dem demographischen Wandel innerhalb der Landespolizei gerecht zu werden. Allen neuen Studierenden wünschen wir viel Spaß und Erfolg im Studium. Herzlich willkommen in der Landespolizei Niedersachsen!

Alle Informationen zur Arbeit der GdP und zur JUNGEN GRUPPE bekommt ihr im Netz unter: [www.polizeieinstellung-niedersachsen.de](http://www.polizeieinstellung-niedersachsen.de) oder [www.gdp-niedersachsen.de](http://www.gdp-niedersachsen.de)!

**Kevin Komolka, Vorsitzender JUNGE GRUPPE (GdP) Niedersachsen**

### Gewerkschaftsstunde an den Studienorten Hann. Münden, Oldenburg und Nienburg

**Nienburg.** 175 neue Kolleginnen und Kollegen hatten am 6. 10. 2011 die Chance, sich in der „Stunde der Gewerkschaften“ über die Arbeit und die Wichtigkeit von Gewerkschaften zu informieren. Auch die JUNGE GRUPPE (GdP) der Polizeiakademie Nienburg hatte die Chance, den neuen Kolleginnen und Kollegen die Vorteile einer Mitgliedschaft in der GdP näherzubringen. Viele sind nach dem Vortrag der Einladung in das „CaPoNi“ gefolgt und haben bei Gratis-Bratwurst und Freigetränken das Gespräch mit der JUNGEN GRUPPE (GdP) gesucht.

Wir freuen uns, schon in den ersten Tagen mehr als 100 neue Mitglieder in der Gewerkschaft der Polizei begrüßen zu dürfen und wünschen euch alles Gute für das bevorstehende Studium.

**Corinna Schulz und Pia Müller, JUNGE GRUPPE Nienburg**

**Hann. Münden.** In diesem Jahr konnten 210 neue Kolleginnen und Kollegen ihr Studium an der PA Hann. Münden beginnen. Am 10. 10. hatte die JUNGE GRUPPE die Chance, sich in der Stunde der Gewerkschaften ebenfalls vorzustellen und „den Neuen“ die Vorteile und die Wichtig-

keit einer Mitgliedschaft in der GdP nahezubringen. In einem lebendigen Vortrag wurden dabei Dinge wie die Diensthaftpflicht-Regressversicherung, Dienstrechtsschutz oder Dienstunfallversicherung, aber auch Rafting- und Skitouren, Blaulichtfeten und Grillpartys angesprochen. Im Anschluss daran wurden die neuen Kolleginnen und Kollegen noch zu Bratwurst und Freigetränken in den „Fuchsbau“ eingeladen. Und insgesamt 100 Neueintritte an diesem Tag sprechen für die JUNGE GRUPPE, für die GdP und für ein starkes Team, das euch das ganze Dienstleben begleiten wird!

Gotthard Gutsfeld, Vorsitzender der GdP-Bezirksgruppe PA, war ebenso anwesend und sagte: „Es ist jedes Jahr aufs neue eine Aufgabe, den jungen Kolleginnen und Kollegen nahezubringen, dass eine Mitgliedschaft in einer Berufsvertretung in heutigen Zeiten unumgänglich ist.“

Kevin Komolka, Landesjugendvorsitzender GdP Niedersachsen, zeigte sich zufrieden: „Ich freue mich zu sehen, dass so viele junge Kolleginnen und Kollegen bereits Mitglied in der GdP geworden sind. Sie alle werden unsere Arbeit zu schätzen wissen, begeistert von unseren Aktionen sein und sehen, dass die GdP, die JUNGE GRUPPE, immer da ist und das auch über die Akademiegrenzen hinaus. Und vielleicht findet sich ja auch der eine Kollege oder die andere Kollegin, die in der JUN-

<sup>1</sup> [http://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/DE\\_20100630\\_Resolution\\_Junge\\_Gruppe](http://www.gdp.de/gdp/gdpnds.nsf/id/DE_20100630_Resolution_Junge_Gruppe)



## JUNGE GRUPPE (GdP) PRÄSENT WO'S BRENNT!

GEN GRUPPE mitarbeiten und gewerkschaftlich aktiv werden will.“

**Volker Gadde, JUNGE GRUPPE  
PA Hann. Münden**

**Oldenburg.** 205 neue Kolleginnen und Kollegen hatten auch in Oldenburg am 6. 10. 2011 die Chance, sich über die Arbeit der Gewerkschaften und die Vertretungen bzw. Ansprechpartner vor Ort zu informieren. Die JUNGE GRUPPE (GdP) der PA Oldenburg war bei dieser Veranstaltung mit einer starken Präsenz vor Ort, um die Studienanfänger über die Vorteile der GdP zu informieren. Nach dem Vortrag im Rahmen einer Plenarveranstaltung lud die JUNGE GRUPPE (GdP) dann zu einer weiteren Veranstaltung in die Kantine bei Lutz in der PA Oldenburg ein. Hier hatte jeder der neuen Kollegen noch einmal die Chance, in kleinen Gruppen mit den Vertretern der JUNGEN GRUPPE (GdP) zu sprechen. Hier zeigte sich reges Interesse und Gesprächsbereitschaft. Bisher dürfen wir insgesamt 172 neue Mitglieder in der GdP herzlichen willkommen heißen. Wir wünschen euch alles Gute für euer Studium.

**Henning Schütte, JUNGE GRUPPE,  
PA Oldenburg**



Willkommen in der Polizei.  
Willkommen in der JUNGEN GRUPPE (GdP).

Studienbeginn PA Niedersachsen  
Hann. Münden/Oldenburg/Nienburg  
Oktober 2011

Fotos: JG, Collage: UR

## FRAUENGRUPPE

### Innenministerium will höheren Frauenanteil in der Polizeiführung

„Der Landesfrauenvorstand begrüßt es außerordentlich, dass sich das Land Niedersachsen an einer Verbundstudie ‚Frauen in Spitzenfunktionen‘ beteiligt“, sagt die stellv. Vorsitzende des GdP-Landesfrauenvorstandes, Ilona Müller.

Innenminister Uwe Schünemann hatte eine erfreuliche Entwicklung bei der Einstellungsquote von Frauen in der niedersächsischen Polizei ausgemacht, jedoch einen Steigerungsbedarf in Führungspositionen eingeräumt, der zurzeit bei 20% liege.<sup>1</sup>

„Frauen haben ihre Gründe, warum sie nicht in diese Bereiche streben oder aber warum es ihnen nicht möglich ist, Spitzenfunktionen wahrzunehmen“, erläutert sie. Diese Gründe zu ermitteln sei notwendig, um hier ein Umdenken, Umgestalten und Handeln zu erwirken, so Ilona Müller weiter.

**Red./imue**



**Ilona Müller, stellv. Landesfrauenvorsitzende**  
Foto: UR

## AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

### Termin-Check/Einladungen:

**Einladung: JHV der BG PD Hannover** am 6. Dezember 2011, 16.30 Uhr, in der Kantine der Polizeidirektion Hannover. Alle Mitglieder der Bezirksgruppe Hannover sind herzlich dazu eingeladen.

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Totenehrung
3. Wahl der Verhandlungsleitung
4. Gewerkschaftlicher Situationsbericht durch die Vorsitzende
5. Kassenbericht
6. Bericht der Revisoren
7. Benennung der Kandidaten für die Personalratswahlen 2012

Fortsetzung auf Seite 12

<sup>1</sup> Pressemeldung des MI vom 10. 10. 2011  
[http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=14797&article\\_id=99679&psmand=33](http://www.mi.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=14797&article_id=99679&psmand=33)



- 8. Grußwort des GdP-Landesvorsitzenden Dietmar Schilf
- 9. Anträge
- 10. Verschiedenes  
*Cornelia Wadehn, Vorsitzende*

## Internationaler Tag der älteren Generation: Gemeinsam Druck gemacht!

GdP bekräftigt Forderungen des DGB nach Generationengerechtigkeit

**Einladung: Senioren-Weihnachtsfeier der KG Göttingen am 7. Dezember 2011,** 15.00 Uhr, in Göttingen, Otto-Hahn-Straße 2. Für das leibliche Wohl – Kaffee und Kuchen – wird wie immer gesorgt. Wir freuen uns auf diesen Nachmittag mit Ihnen und Ihren Partnern/-innen.

*Der Vorstand*

**Einladung: Vorweihnachtliches Treffen der Senioren der KG Lüneburg am 6. Dezember 2011** um 15.30 Uhr im Behördenzentrum (ehem. Bezirksregierung), Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg. Hiermit möchten wir sie und ihre Partnerin bzw. Partner recht herzlich zu Klönschnack, Kaffee und Kuchen einladen. **Anmeldung** bis 1. Dezember an Martina Alexander, Tel. 0 41 31/29-13 34, oder Manfred Faber, Tel. 0 41 31/4 97 25. All denen, die nicht teilnehmen können, wünschen wir schon jetzt eine schöne Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches „Neues Jahr 2012“.

*Manfred Faber*

**Gemeinsam mit Vertretern aller Mitgliedsgewerkschaften des DGB nahm die GdP an der DGB-Kundgebung am 30. September in Hannover teil, um gegen die Fehlentwicklungen in der Sozialpolitik, die alle Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten in diesem Land gleichermaßen belasten, zu demonstrieren.**

Die Delegation der GdP Niedersachsen wurde von dem Landesvorsitzenden Dietmar Schilff und dem Landesseniorenvorsitzenden Rudolf Refinger begleitet. Beide erklärten, dass die GdP es begrüße, den Seniorentag zum Anlass zu nehmen, auf sozialen Ausgleich und ein solidarisches Mit- und Füreinander der Generationen hinzuweisen.

Der DGB-Landesbezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt hatte den „Internationalen Tag der älteren Generation“ genutzt, um mit einer Kundgebung in Hannover unter dem Motto „Zusammen gegen soziale Kälte. Gerechte Politik für alle Generationen.“ zu einem



Kundgebung mit GdP-Senioren Foto: DGB

Zusammenhalt der Generationen aufzurufen. Es sei ein Umdenken erforderlich, um mehr Solidarität zu erzielen und eine sozial gerechte Gesellschaft zu erreichen.

Schon 2006 stellte das Statistische Amt der Europäischen Union fest, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen in der EU25 von 1995 bis 2050 wahrscheinlich verdoppeln wird (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu>). Einen Tag später, am 1. Oktober, ist der „Internationale Tag der älteren Menschen“. Mit diesem Tag würdigt die UNO seit 1990 die Leistungen der Älteren und den Gewinn, den sie für das gesellschaftliche Zusammenleben darstellen.

*RR/Red.*

### AUS DEM NDS. LANDTAG

## Zwei GdP-Mitglieder in wichtige Positionen des Landtages berufen

In den vergangenen Wochen mussten wir den Verlust zweier langjähriger Landtagsabgeordneter betrauern. Der Tod von **Reinhold Coenen** (CDU) und

**Ralf Briese** (Bündnis 90/Die Grünen) hat uns tief bewegt und erschüttert. Die Nachfolge von Reinhold Coenen als Vorsitzender des Ausschusses Inneres und

Sport tritt unser GdP-Kollege **Johann-Heinrich Ahlers** an. Ihm folgt als polizeipolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, **Thomas Adasch**, ebenfalls ein langjähriges GdP-Mitglied.

Beiden Abgeordneten wünschen wir für ihre neue Aufgabe alles Gute und hoffen auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Wir sind uns sicher, dass sie auch zukünftig für die Belange der Polizei und der Beschäftigten sensibilisiert und ansprechbar sind.

Die GdP hat Reinhold Coenen in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender als stets für Argumente und Veränderungsvorschläge Aufgeschlossenen wahrgenommen. Mit Ralf Briese hat uns eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit verbunden, die immer von gegenseitigem Respekt, Verständnis und auch Humor geprägt war.

*Der Landesvorstand*

### NACHRUF

**Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:**

Kinscher, Alfred	12. 12. 1922	Krs.-Gr. Goslar
Meyer, Karl	29. 6. 1923	Bez.-Gr. PD Hannover
Mlinarzik, Klaus	5. 1. 1958	Krs.-Gr. PATB NI
Möhrke, Herbert	1. 10. 1924	Krs.-Gr. Celle
Süßemilch, Eva Maria	30. 9. 1924	Krs.-Gr. Goslar
Wehmhörner, Otto	15. 9. 1923	Krs.-Gr. Leer/Emden

*Wir werden ihr Andenken in Ehren halten*



